



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIII/222 - 30. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite.</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Wir schießen auch allein" Das Problem der ungelösten Probleme	45
2 - 2a	Schiffsbaupläne des Ostblocks Wachsende Bedeutung der Donau	67
3 - 4	Welcher Kurs in Burma ? Hintergründe der militärischen Machtergreifung	93
5	Der Fall Werten Verdacht von Kriegsverbrechen	36
6	Freizeit als Konjunkturbüchel Arbeitnehmer kaufen mehr Bücher	24

* * * * *
* * * * *

"Wir schiessen auch allein"

sp - Seit Jahren weiss man in der ganzen Welt, dass Tschiang Kai Schek auf Formosa von den Amerikanern ausgehalten wird, um aus militärischen und politischen Gründen die Fiktion "Nationalchina" aufrecht erhalten zu können. Gewiss haben ernsthafte amerikanische Politiker nie daran gedacht, etwa mit Tschiang Kai Schek das "rote China" im Sinne der amerikanischen Aussenpolitik auf Vordergrund bringen zu wollen; soweit ging die Weltfremdeheit wohl nicht. Sie liessen aber Tschiang Kai Scheks Armee immer besser ausrüsten und sahen sich plötzlich vor die Tatsache gestellt, dass der alte General mit Hilfe seiner von den Amerikanern ausgerüsteten Truppe ein politisches und militärisches Eigenleben zu führen begann. Jetzt will er sogar "allein schiessen" - auch wenn die Amerikaner gar nicht mehr wollen.

Hier zeigt sich wieder einmal, wohin es führt, wenn ein nach Lösung drängendes Problem ungelöst bleibt. Die Vielschichtigkeit der Fernost-Probleme, die hartnäckige Weigerung der USA, Peking diplomatisch anzuerkennen, während Grossbritannien die chinesische Karte keineswegs aus der Hand gibt, all das hat bis zum heutigen Tage zu einem scheinbar unentwirrbaren Knäuel von politischen und militärischen Verwicklungen geführt.

Es ist verständlich, dass sich unter diesen Umständen in den Vereinigten Staaten immer lautere Stimmen erheben, die als ersten Versuch einer Entwirrung dieses Knäuels die militärische Entschärfung zwischen China und Formosa fordern. Das heisst, sie wollen zwischen dem chinesischen Festland und der Tschiang Kai Schek-Insel Formosa eine entmilitarisierte Zone schaffen, deren Bestand von allen an der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten interessierten Mächten garantiert wird.

Wen wundert es, dass dieser durchaus vernünftige Gedanke auch im Hinblick auf andere Gefahrenzonen in der Welt ventiliert wird, zum Beispiel auf Europa, oder noch genauer gesagt, auf Deutschland. Auch hier haben wir zwei Armeen, die sich nur wenige Kilometer voneinander entfernt gegenüberstehen, und deren Existenz - das muss doch einmal klar gesagt werden - im Grunde genommen von dem Wohlwollen der politischen Kräfte und Gruppierungen abhängig ist, die ausserhalb Deutschlands agieren. Diese Armeen werden immer grösser, werden immer moderner bewaffnet und sind doch nichts anderes als das Funktionselement einer falsch angelegten Politik.

Wer vor fünf Jahren gesagt hätte, Tschiang Kai Schek werde eines Tages erklären, er wolle "allein schiessen", den hätte man einer Phantasten genannt. Jetzt ist es soweit. Einmal aufgestellte Armeen und die auf ihre Existenz basierte Politik entwickeln nämlich erfahrungsgemäss an einem bestimmten Punkt fast immer ihre Eigengesetzlichkeit. Wenn man das weiss - und das ist allgemein bekannt - wäre es doch im "Fall Europa" vernünftiger, die Entschärfung schon jetzt vorzunehmen, ehe die Eigengesetzlichkeit wirksam werden kann.

Schiffsbaupläne des Ostblocks

ru. - Aus vielen kleinen Nachrichten, die in den Kontoren der Reedereien und Auftragsbüros der Werften eingehen, wird immer mehr sichtbar, daß der gesamte kommunistische Staatenblock alles, was mit Schiffbau, Häfen und Kanälen zusammenhängt, koordiniert und vorantreibt. Alle kommunistischen Staaten sind offensichtlich bemüht, auf diesem Gebiet autark zu werden, die volkswirtschaftlichen Vorteile des billigen Wassertransportes wahrzunehmen und nur noch mit speziellen Aufträgen an den westlichen Markt zu gehen.

Das kommunistische China besitzt heute 46 staatliche Schiffbau- und Schiffsreparaturbetriebe und beginnt in diesen Monaten mit dem zielbewußten Aufbau einer eigenen Handelsflotte, die bisher nur aus 560 000 BRT besteht und überaltert ist. In den beiden letzten Jahren sind aber nach den Plänen chinesischer Schiffbauer auf den staatlichen Werften mehrere Schiffe gebaut worden, die über 5 000 t d w groß sind. Die Hauptwerften in Shanghai und in Daljnij wurden modernisiert. In Hang-Tschou und Uhan wurden neue Werften gebaut und weitere drei entstehen in Shanghai und Tientsin. Bis zum Ende dieses Jahres soll der Ausbau der Häfen in Tschungking, Shanghai und Tientsin abgeschlossen sein. Mit einem erstaunlichen Aufwand wird auch das Binnenwasserstraßennetz von 104 000 Kilometern schiffbaren Flüssen und Kanälen so ausgebaut, daß dort mindestens 1 000 t große Kähne verkehren können.

Die rumänische Regierung hat ein Sechsjahresprogramm festgelegt, wonach 120 000 BRT gebaut werden sollen. Ein Teil der Aufträge ist an die ausgebauten Werften der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vergeben worden, aber auch auf der rumänischen Staatswerft in Galati können jetzt Schiffe bis zu 10 000 t d w gebaut werden. Auch in Braila und Oltenia gibt es Werften mit mehr als Tausend Beschäftigten. Dort hat man sich bereits auf eine Fließband-Konstruktion umgestellt.

Polen ist dabei, in der Danziger Bucht seinen dritten Hafen zu errichten. Er wird am Eingang der Halbinsel Hela errichtet und soll das Zentrum der polnischen Fischerei werden, damit Danzig und Gdingen für den Frachtumschlag frei werden. Allein auf der Danziger Werft sind in den letzten zehn Jahren 190 Seeschiffe gebaut worden, was eine

Gesamttonnage von 445 000 BRT ausmacht. Die polnische Handelsflotte umfaßt jedoch nur rund 400 000 BRT, ein Kennzeichen dafür, daß Polen neuerdings dazu übergegangen ist, in stärkerem Maße auch Schiffe zu exportieren. Während die freie pommer'sche Küste mit ihren kleinen Häfen vernachlässigt worden ist, wird vor allem auch der Hafen Stettin ständig weiter ausgebaut, um den Transitverkehr sowjetrussischer Güter für die Sowjetzone bewältigen zu können.

Auch die sowjetzonalen Werften kennen keine Auftragsorgen. Die Baukapazität der Warnow-Werft in Rostock ist bis 1970 ausgelastet. Diese Werft soll nicht nur in steigendem Maße für Sowjetrußland tätig sein, sondern auch Passagier-Frachtdampfer auf einer Ostasien-Route der Tschechisch-chinesischen Gemeinschaftsreederei bauen. Bereits jetzt werden Aufträge für eine polnisch-chinesische Reederei abgewickelt. Auch die anderen ostzonalen Werften haben für über zehn Jahre Auftragsvorrat und beklagen sich nur über den Mangel an Arbeitskräften und Material. In Rostock wird mit Hochdruck daran gearbeitet, Anlande- und Umschlagsplätze für Schiffe bis zu 10 000 Tonnen zu erhalten.

Am wenigsten dringt über die Bauleistungen der sowjetrussischen Werften nach außen. Aber offenbar tendieren die Sowjets dahin, normale Schiffe in den Ostblockstaaten vor allem in der Sowjetzone und in Polen bauen zu lassen und nur noch für hochwertige Spezialschiffe wie Saugbagger oder Fischereifabrikschiffe die Werften des Westens in Anspruch zu nehmen. So haben die Russen allein 228 Schiffe in der Zone und in Polen bestellt, die bis 1965 ausgeliefert sein müssen.

Die Donau, die ja in ihrem Mündungsgebiet die Grenze zwischen Sowjetrußland und Rumänien bildet, erhält eine immer größere Bedeutung als Transportroute bis nach Regensburg hinauf. Auf dieser Route kann nicht nur ein erheblicher Umschlag mit allen kommunistischen Balkanstaaten sondern auch mit Österreich und der Bundesrepublik abgewickelt werden, was indes den Ausbau des Regensburger Hafens bedeuten würde. Hier würde vor allem der Umschlag von Weizen und Erdöl Gewicht bekommen. Die Russen drängen sogar darauf, eine durchgehende Verbindung vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee über einen Rhein-Main-Donau-Kanal zu erhalten.

+ + +

Welcher Kurs in Burma?

H.P. - Die Regierung U Nu, getragen von der APPELL, einer breiten Volksfront ohne Kommunisten, die im Kampf gegen die Japaner und gegen die englische Kolonialmacht geschmiedet wurde, hat nicht nur mit den wirtschaftspolitischen Problemen hart zu ringen; ebenso schwierig gestaltet sich die Stabilisierung des Landes im Innern. Die Kommunisten haben während des zweiten Weltkrieges eine erbärmliche Rolle im Befreiungskampf gespielt. Als die Sowjetunion 1941 an der Seite der Westalliierten in den Krieg einbezogen wurde, hielten es die Kommunisten für richtig, im Interesse dieser alliierten Front, den Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht vorübergehend aufzugeben. Mit dieser Kapitulation konnten sich die Führer der Befreiungsbewegung nicht einverstanden erklären und die Kommunisten wurden aus allen Einheitsbewegungen hinausgedrängt.

Die Rolle der Kommunisten hatte man nicht vergessen, als die Regierung nach der Befreiung des Landes die kommunistische Partei für illegal erklärte. Die Kommunisten selber waren keineswegs einig, wie sie gegenüber der neuen nationalen Regierung ihres Landes taktieren sollten. Die einen suchten den "burmanischen Weg zum Sozialismus" und schlossen sich zu Partisanengruppen gegen die Regierung zusammen. Eine andere Gruppe suchte die offene Unterstützung der chinesischen Kommunisten und führte ebenfalls einen Bürgerkrieg gegen die Regierung. Bis heute haben die Schatten dieses Bürgerkrieges das politische Leben in Rangun bestimmt, denn es ging immer um die Frage, ob und wann es der Regierung gelingen wird, mit militärischen und politischen Mitteln das Land zu befrieden. Gewisse Teile Burmas, vor allem im Norden, sind heute noch von den Partisanen durchsetzt und diese Unsicherheit hat vor knapp drei Jahren dazu geführt, den sehr gemäßigten Ministerpräsidenten und Führer der Befreiungsfront U Nu abzulösen. Sein Nachfolger war U Ba Swe, der Tiger von Burma genannt, der für ein energisches Durchgreifen gegen die kommunistischen Banden eintrat. U Ba Swe ist neben dem Generalsekretär der sozialistischen Partei U Kyaw Kjein eine der stärksten Persönlichkeiten des asiatischen Sozialismus. Er ist der Präsident der Asiatischen Sozialistischen Konferenz. U Ba Swe wurde jedoch aus Gründen, die bis heute nicht völlig geklärt sind, im vorigen Jahr wieder durch U Nu als Ministerpräsident ersetzt.

Nun ergab es sich, daß die Kommunisten gerade zu dieser Zeit begannen, ihre Taktik in Burma zu ändern. Sie verlangten von der Regierung die legale Anerkennung ihrer Partei und versprachen daraufhin den bewaffneten Konflikt zu beenden. Um U Nu gefügiger zu machen, diesem Vorschlag zuzustimmen, ließen die Kommunisten einige Bandenführer ihre Waffen niederlegen, die auch begannen, sich wieder ihrem normalen Leben zuzuwenden. Unter dem Namen Nationale Front gründeten sie eine Tarnpartei, die bei den letzten Wahlen relativ hohe Gewinne erzielen konnte. Alles schien darauf hinzudeuten, daß U Nu bereit sein würde, den kommunistischen Vorschlag zu akzeptieren und sie sogar an der Regierung zu beteiligen.

Einer der Gründe für U Nu mag ein gewisser Druck Peking's sein, auf dessen wirtschaftliche Unterstützung und auf dessen politisches Wohlwollen Burma weitgehend angewiesen ist. Der "große chinesische Bruder" hat bereits schon einmal durch Drohungen Grenzberichtigungen an der nordburmesischen Grenze zu Chinas Gunsten entschieden. Auch wenn die burmesische Regierung immer die Gültigkeit der fünf Thesen (die zwischen Nehru und Mao Tse Tung vereinbart wurden) als Basis ihrer Politik betrachteten, so war sich jedoch jeder Politiker in Burma immer im klaren darüber, daß China durchaus in der Lage wäre, wenn es ihr beliebt, seine Forderungen mit militärischen Drohungen oder mit politischen Erpressungen durchzusetzen. Bisher glaubte man, den chinesischen Nachbarn mit der Erinnerung an die fünf Thesen abwehren zu können.

Den Kommunisten ist es außerdem gelungen, die föderalistischen Strömungen verschiedener Landesteile auszunutzen, die bereit waren, jede Bewegung zu unterstützen, welche sich gegen die Zentralregierung in Rangun wandte. In der "Union von Burma" glauben sie, nicht genügend Anerkennung für ihre Rechte zu bekommen, obwohl sie das wirtschaftliche Rückgrat des Landes bilden. Damit ist auch eine Parallele gegeben zu den Vorgängen in Indonesien, die jetzt vorübergehend ihre Beilegung gefunden haben.

Nachdem U Nu seit 1936 mit U Ba Swe und U Kyaw Njein eng zusammengearbeitet hat und die letzteren beiden auch stellvertretende Ministerpräsidenten waren, kam es schließlich vor vier Monaten im Kabinett zu derartig scharfen Auseinandersetzungen, daß sich die Wege teilten. U Ba Swe schied aus der Regierung und mit ihm sämtliche Minister der sozialistischen Partei. Er stellte im Namen seiner Partei einen Mißtrauensantrag gegen U Nu, der mit sieben Stimmen abgelehnt wurde. Die Ablehnung kam durchaus zustande, daß U Nu sich auf den Block der 45 Abgeordneten der kommunistischen Nationalen Front und die Kinderheitsgruppen stützen konnte. Seit dieser Zeit war das Land in ständiger Unruhe. Die sozialistische Partei als der weitaus stärkste Faktor in Burma warnte davor, einen Kurs einzuschlagen, der den Kommunisten auf legalem Wege erlauben würde, in Burma zur Macht zu gelangen. Das, was ihnen militärisch nicht gelungen war, schien den Kommunisten nunmehr durch einen falschen Schachzug U Nus in greifbare Nähe gerückt zu sein. In diesem Monat übernahm vorige Woche der Armeeeoberbefehlshaber Ne Win die Macht. Die Armee, geboren im Kampf gegen die Imperialisten und Kommunisten, war nicht bereit, U Nu's Kurs mitzumachen. Sie besetzte strategische Punkte in Rangun und zwang U Nu zum Rücktritt. Die Neuwahlen, die U Nu für Ende des Jahres vorgesehen hatte, werden nunmehr vielleicht schon zeitiger stattfinden müssen. Inwieweit die sozialistische Partei unter U Ba Swes Führung an der Machtübernahme durch die Armee direkt beteiligt war, ist schwer zu sagen, doch sehr wahrscheinlich. Wenn nicht alles trügt, dürfte der nächste Ministerpräsident wieder U Ba Swe heißen.

Der Fall Merten

mu.- Der Kieler Staatsanwalt Albrecht führt in diesen Wochen im ganzen Bundesgebiet Ermittlungen durch, um die Schuldigen für Kriegsverbrechen herauszufinden, die in der Zeit von 1942 bis 1944 vor allem in Raub Saloniki begangen worden sein sollen. Die Ermittlungen wurden eingeleitet, nachdem der im Mai 1947 auf einer Urlaubsfahrt in Athen festgenommene Berliner Rechtsanwalt Merten aus seiner Untersuchungshaft in Griechenland an das Kieler Justizministerium geschrieben hatte.

Mertens nannte den Kieler Justizbehörden mehrere Namen, die für die Registrierung von Juden in Saloniki durch die deutsche Besatzungsverwaltung im Jahre 1942 als Verantwortliche infrage kämen. Er bestreitet, während dieser Zeit bereits als Kriegsverwaltungsrat Kriegsverbrechen begangen zu haben. Merten nannte vor allem einen hohen schleswig-holsteinischen Landesbeamten als seinen verantwortlichen Amtsvorgänger. Jedoch haben die bisherigen Ermittlungen ergeben, daß ein größerer Personenkreis vernommen werden muß, um die Schuldigen herauszufinden.

Bereits Ende Oktober soll Dr. Merten in Griechenland vor ein Sondergericht gestellt werden, nachdem der Generalstaatsanwalt in Athen die Anklageschrift gegen ihn fertiggestellt hat. In der Anklageschrift wird Merten beschuldigt, durch fortgesetzte Handlungen in der Zeit von 1942 bis 1944 Kriegsverbrechen begangen zu haben. In der 65 Seiten langen Anklageschrift wird er für die vorsätzliche Tötung von 600 griechischen Partisanen, für die Einweisung von 46 000 griechischen Juden in Vernichtungslager der SS in Polen und für die Terrorisierung der rund 56 000 Juden Salonikis seinerzeit verantwortlich gemacht. Ausgangspunkt dieser Verbrechen soll der Anklageschrift zufolge die Registrierung der Juden gewesen sein, wofür Merten die Verantwortung ablehnt, weil er damals gar nicht in Saloniki gewesen sein will.

Bis jetzt ist der genaue Inhalt der Anklageschrift den deutschen Justizbehörden noch nicht bekanntgegeben worden. Sie haben offiziell nur durch das Schreiben von Merten von dem bevorstehenden Prozeß Kenntnis erhalten. Auch über den diplomatischen Dienst sind bisher keine Hinweise an die deutsche Justiz gegeben worden. Es ist auch nicht bekannt, ob ihm von der deutschen Vertretung in Athen ein Rechtsbeistand zur Verfügung gestellt werden soll.

Freizeit als Konjunktorkurbel

G.P. Das sattnsam bekannte Märchen vom Arbeiter, der in seiner Freizeit in der Kneipe sitzt, weil er nichts besseres anzufangen weiss, ist gerade in den letzten Wochen von den Gewerkschaften mannigfach - so zum Beispiel von der IG Metall in einer grossen Freizeit-Ausstellung - widerlegt worden.

Auch die Verleger und Sortimentsbuchhändler der ganzen Welt, die sich zum zehnten Male auf der grossen internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main trafen, bestätigten die Meinung der Gewerkschaften in ihren Produktions-, Umsatz- und Verkaufszahlen. Sie haben zehn Prozent mehr verkauft als im Vorjahr, während die Umsatzsteigerung im sonstigen Einzelhandel nur sieben Prozent beträgt.

Die Freizeit des Arbeitnehmers - vermehrt durch die von den Gewerkschaften erkämpfte Arbeitszeitverkürzung - hat sich bei den Verlegern und Buchhändlern also als echte Konjunktorkurbel erwiesen. Eine Tatsache übrigens, die auch von der Campingartikel-, Rundfunk-, Zweirad- oder Bastlerartikelindustrie längst erkannt worden ist. Auch der Schallplattenindustrie gab die vermehrte Freizeit der Arbeiter und Angestellten nachweislich neuen Auftrieb.

Fast 17 000 neue Bücher sind im letzten Jahr erschienen, darunter mehr als 13 000 Neuerscheinungen. Ihre Auflagen gehen in die Millionen. Das sind imponierende Zahlen, die mit grosser Überzeugungskraft gewisse Zweckbehauptungen ad absurdum führen, mit denen der Arbeiter in seiner neu hinzugewonnenen Freizeit als Faulenzer, Schnapstrinker oder Schwarzarbeiter verleumdete wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel